

Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausreisepflichtigen durch das Regierungspräsidium Karlsruhe

Die Landtagsabgeordneten Manfred Groh und Werner Raab von der CDU-Landtagsfraktion zu Besuch bei der Landesaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe



Bei ihrem Besuch in der Landesaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe ließen sich die beiden Landtagsabgeordneten Manfred Groh und Werner Raab von Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner über die neue Aufgabe des Regierungspräsidiums sowie über die Erfahrungen mit der Umsetzung der Landesrichtlinie zur Rückkehrförderung informieren.

Zielsetzung der Förderung Rückkehrwilliger ist insbesondere die Unterstützung des Aufbaus eines landesweiten Netzes von Rückkehrberatungsstellen. Darüber hinaus sind die Förderung der freiwilligen Ausreise, die Verringerung der Sozialkosten der Kommunen, die Förderung einer reibungslosen Rückkehr ins Heimatland anstelle von zwangsweiser Rückführung, bessere Startchancen im Heimatland und auch die Unterstützung von nicht ausreisepflichtigen Ausländern, sofern ein Rückkehrwunsch besteht, Ziel der neuen Richtlinie. Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner wies insbesondere darauf hin, dass die Spätaussiedler, die wieder zurück kehren wollen, neu

in den Personenkreis aufgenommen worden seien. Das Regierungspräsidium Karlsruhe sei als sogenanntes Vor-Ort-Präsidium seit August dieses Jahres mit der neuen Aufgabe für ganz Baden-Württemberg betraut.

Manfred Groh, Mitglied des Finanzausschusses des Landtags, stellte fest, dass „das Land als erstes Bundesland in Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 jeweils eine halbe Million Euro für die Förderung Rückkehrwilliger zur Verfügung stellt“. Der Regierungspräsident informierte die Abgeordneten weiter darüber, dass das Regierungspräsidium zusammen mit dem Innenministerium bereits eine erste Informationsrunde in allen Regierungsbezirken des Landes über die neue Landesförderung durchgeführt habe. Diese Veranstaltungen hätten sich in erster Linie an Kommunen, aber auch an karitative Träger gerichtet. Dabei seien die Landesrichtlinie sowie bereits regional bestehende Beratungsprojekte vorgestellt worden. Werner Raab wies in seiner Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses in dem Gespräch mit dem Regierungspräsidenten darauf hin, dass er „in der freiwilligen und reibungslosen Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer nicht nur für die Kommunen Vorteile“ sehe. Außerdem müssten auch die besseren Startchancen der ausreisepflichtigen Ausländer in den Heimatländern gewürdigt werden.

Zustimmung durch die Landtagsabgeordneten fanden die Vertreter des Regierungspräsidiums auch in der Aussage, die Verfahren müssten konsequent nach Rechtsstaatsprinzipien durchgeführt werden. Die freiwillige Ausreise sei dabei für die Betroffenen in jeder Hinsicht günstiger. Im Sinne aller Beteiligten sei es besser, den Start im Heimatland so gut vorzubereiten, dass die Rückkehrer eine gute Chance hätten, ihren Lebensunterhalt gesichert bestreiten zu können.